

Objektyp: **Miscellaneous**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **118 (2000)**

Heft 42

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verbände und Organisationen

Vom Garten zur Landschaft

75 Jahre Bund Schweizer Landschaftsarchitekten BSLA

(pd) Mit der fortschreitenden Industrialisierung erfuhr die Gartenkultur seit dem Ende des 19. Jahrhunderts einen Entwicklungsschub und eine Breitenwirkung über die prachtvollen Gärten der Fabrikantenvillen hinaus. Das Gartenbaugewerbe erlebte eine erste Hochblüte, die jedoch mit dem Ersten Weltkrieg ein jähes Ende fand. Die Antwort der Gartengestalter auf den Auftragsmangel und die verschärfte Konkurrenz war 1925 die Gründung des Bundes Schweizerischer Gartengestalter. Treibende Kraft war Walter Mertens. Wichtigster Zweck des BSG war die Absprache von Normen und Tarifen. Dazu übernahm man die Normalien des SIA, soweit sie auf den Gartenbau anwendbar waren.

Vom Garten zur Landschaft

Mit der Problematisierung des Landverbrauchs in den dreissiger Jahren erhielten die Gartengestalter im Rahmen der geforderten Landesplanung in der Landschaft neue Aufgaben: Im Siedlungsbau, bei Bade- und Sportanlagen, Erholungsgebieten, Autostrassen, Schutzpflanzungen und Wasserbauten sollten im Namen von Heimat- und Naturschutz Kulturlandschaft und Naturdenkmäler gestaltet und gepflegt werden. Ab 1938 bestand im BSG ein Ausschuss für Landschaftsgestaltung, der einen Kurs zum Thema anbot. Mit der Namensänderung in Bund Schweizer Garten- und Landschaftsarchitekten wurde 1958 diese Öffnung nachvollzogen. 1987 fiel schliesslich der Garten ganz aus dem Verbandsnamen. Heute wird der Garten als eine Facette von Landschaft begriffen. 1994 fusionierte der BSLA mit der von Rapperswil-Absolventen gegründeten Vereinigung Schweizer Landschaftsplaner und Landschaftsarchitekten slpa.

Kongresse, Ausstellungen und Publikationen

Seit den dreissiger Jahren finden internationale Treffen der Landschaftsgestalter statt. 1939 organisierte der BSG während der «Landi» in Zürich den 3. Internationalen Kongress für Gartenkunst. Anlässlich eines internationalen Kongresses wurde 1948 in Cambridge die Interna-

tional Federation of Landscape Architects IFLA gegründet. BSG-Präsident Walter Leder wurde 1954 deren Präsident. Der IV. IFLA-Kongress fand 1956 in Zürich statt.

Mit der verstärkten Organisation des Berufsstandes wurden grössere Gemeinschaftsaufgaben in Angriff genommen. So die Ausstellungen, die zu Gradmessern der technischen und künstlerischen Entwicklung wurden und ein breites Publikum erreichten. Die «Züga» 1933 und die «Landi» 1939, geprägt vom organischen Gestalten Gustav Ammanns, dem zweiten BSG-Präsidenten, waren bahnbrechend für die Schweizerische Gartenkunst, die in der G59 erneut einen Höhepunkt erreichte. Heute noch wirken diese Werke nach, namentlich das gartenarchitektonische Manifest «Garten des Poeten» von Ernst Cramer. Die SAFFA 1958 in Zürich und die Expo 1964 in Lausanne waren ebenfalls von Landschaftsarchitektur geprägt. Die bisher letzte grosse Ausstellung war die G80 in Basel. «Lausanne Jardins» von 1997 und 2000 zeigen mit punktuellen Eingriffen auf neue Weise die Bedeutung der Landschaftsarchitektur für die Stadtentwicklung auf.

Seit 1963 ergänzt die Fachzeitschrift Anthos die Ausstellungen als Medium. In den letzten Jahren ist eine Reihe neuer Publikationen dazugekommen, wie das überarbeitete Berufsbild oder das laufend aktualisierte Büroverzeichnis. Darüber hinaus beteiligt sich der BSLA vermehrt an Publikationen Dritter, er tritt als Mitveranstalter des Rapperswiler-Tages auf und vergibt seit 1990 den BSLA-Preis.

Die Schweizerische Stiftung für Landschaftsarchitektur SLA, zu der das «Archiv für die Schweizer Gartenarchitektur und Landschaftsplanung» gehört, fördert Studierende und junge Berufsleute und dokumentiert und sichert die Geschichte der Schweizer Landschaftsarchitektur. Das Archiv ist sozusagen deren Gedächtnis. Mit zunehmender Forschungsintensität wird seine Bedeutung noch steigen. Die SLA beteiligt sich auch am jüngsten Grossprojekt des BSLA, dem Schweizerischen Landschaftsarchitekturführer, der erstmals einen repräsentativen Überblick über das landschaftsarchitektonische Schaffen in der Schweiz in Vergangenheit und Gegenwart bietet und im Herbst 2001 erscheinen soll.

Entwicklung der Ausbildung

Seit langem strebte der BSLA eine universitäre Ausbildung an. Bis 1970 mussten sich Landschaftsarchitekten ihre Ausbil-

dung im Ausland oder autodidaktisch aneignen. Nachdem die angestrebte Lösung im Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung ORL an der ETHZ 1958 am Widerstand der Architekturabteilung scheiterte, konzentrierten sich die Kräfte auf die neu geschaffenen Höheren Technischen Lehranstalten in Lullier (1970) und Rapperswil (1972). Deren Umbau zu Fachhochschulen wird für die Entwicklung des Berufsstandes von Bedeutung sein, da ihre Aufgaben um die Bereiche Weiterbildung, praxisorientierte Forschung und Technologietransfer erweitert wurden.

Jüngst hat sich auch an den Hochschulen einiges bewegt. Seit zwei Jahren bietet das Institut d'Architecture der Universität Genf ein Nachdiplomstudium mit Schwerpunkt Landschaft an, und 1997 wurde von Dieter Kienast am ORL in Zürich der Fachbereich Landschaftsarchitektur eingerichtet. Die enorme Nachfrage nach diesen Studiengängen zeugt von einem gesellschaftlichen Bedürfnis.

Neue Bedeutung – neue Aufgaben

Gegenwärtig erleben wir einen doppelten Paradigmawechsel in Architektur und Umweltbiologie: weg vom Solitär und weg von der Erbsenzählerei, hin zu einer umfassenden Betrachtung der Landschaft als gestalteter Lebensraum. Die Landschaftsarchitektur erfährt rapid wachsendes Interesse seitens der Architektur, der Planung und der Biologie und reitet momentan auf einer Erfolgswelle. Denn mit der neuen Sichtweise ist ein neuer gesellschaftlicher Diskurs über Landschaftsarchitektur verbunden. Es wird bewusst, dass Landschaft eine Geschichte hat, dass es sich weitgehend um einen – emotional stark besetzten – Artefakt handelt, dessen Entwicklung sich auch in Menschenhand befindet. Soll nun diese Erkenntnis nachhaltig wirken, so braucht es Kristallisationspunkte, Gefässe in der Ausbildung und in der beruflichen Praxis. Hier ist der BSLA gefordert. Die Hauptaufgaben sind die Identifikation der Landschaftsarchitektur als eigenständige und führende Disziplin der Gestaltung unseres Lebensraums sowie die Integration des wachsenden Interesses verschiedener Disziplinen unter dem Dach der Landschaftsarchitektur. Der BSLA muss hier eine integrierende Rolle spielen und Ansprechpartner sein. Denn die neu beanspruchte Führungsrolle der Landschaftsarchitektur, ihre Geschichte wie ihre neuen Aufgaben müssen in der Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft kommuniziert und verankert werden. Nicht zuletzt sind die Berufsleute selbst von ihrer neuen Rolle zu überzeugen.

Industrie und Wirtschaft

Kommunaler Bodenschutz

(pd) Eine neue Publikationsreihe von Praktischer Umweltschutz Schweiz (Pusch) und der Bodenkundlichen Gesellschaft Schweiz (BGS) enthält viele praxisnahe Vorschläge, wie die Böden besser geschützt werden können. Sie richtet sich an Gemeindebehörden, Bauherren und Bauunternehmen, an PlanerInnen sowie an OrganisatorInnen von Sport- und Freizeitanlagen.

Viele Fragen rund um die Nutzung und den Schutz der Böden entscheiden sich im Alltag, besonders bei der Raumplanung, bei Bauvorhaben, bei der Freizeitgestaltung und in der Land- und Forstwirtschaft. Dass die Böden besser geschützt werden müssen, ist heute hinlänglich bekannt. Wie dies genau geschehen soll, hingegen weniger. Hier setzt die neue Publikation «Betrifft Boden: 9 Aktionsfelder für den kommunalen Bodenschutz» an. Sie zeigt die wichtigsten Massnahmen zum Bodenschutz auf, informiert über die Belastung der Schweizer Böden und erklärt die Bodenfunktionen in Kürze. Vier Merkblätter konkretisieren die präsentierten Massnahmen mit praxisnahen Vorschlägen:

- Bodenschutz in der Nutzungsplanung. Die Nutzungsplanung schafft wichtige Voraussetzungen für den Schutz und den nachhaltigen Umgang mit dem Boden. Das Merkblatt zeigt Behörden und Planerinnen, wie sie Bodenschutz über die Nutzungsplanung wahrnehmen können.

- Bodenschutz beim Bauen. Ein schonender Umgang mit dem Boden während des Bauens bringt zahlreiche Vorteile, die sich langfristig auch finanziell auszahlen. Das Merkblatt für Behörden, Bauherren und Baufachleute informiert, wie sich Bauvorhaben bodenschonend realisieren lassen.

- Bodenschutz bei Sport und Freizeit. Freizeitaktivitäten sind aus unserem Leben nicht wegzudenken. Die Beanspruchung der Böden ist mitunter hoch. Es gibt jedoch viele Möglichkeiten, sie zu schonen. Welche, zeigt das Merkblatt, das sich an Behörden, Sportvereine und Organisatoren von Grossveranstaltungen richtet.

- Bodenschutz bei der Abfallentsorgung. In den letzten Jahren zeichnete sich der Trend ab, Abfälle wie Aschen, Schlämme und or-

ganische Materialien in der Landwirtschaft billig zu entsorgen. Dies ist für die Böden oft problematisch. Das Merkblatt gibt Empfehlungen zur korrekten und bodenschonenden Entsorgung von über 10 Abfallarten.

«Betrifft Boden» ist erhältlich bei Praktischer Umweltschutz Schweiz Pusch, Postfach 211, 8024 Zürich, Tel. 01/267 44 11, Fax 01/267 44 14, mail@umweltschutz.ch, www.umweltschutz.ch. Set mit Broschüre und 4 Merkblättern: Fr. 25.-, Broschüre: Fr. 12.-, einzelnes Merkblatt: Fr. 5.-.

Bilanz der Berner Energiepolitik

(pd) Die Energiepolitik des Kantons Bern war in den Neunzigerjahren im Grossen und Ganzen erfolgreich. Zu diesem Schluss kommt eine von der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) in Auftrag gegebene Evaluation. Sie untersuchte die Umsetzung des vom Kantonsparlament 1990 verabschiedeten Leitsatzdekrets, in dem die energiepolitischen Ziele des Kantons formuliert sind:

- Förderung einer wirtschaftlichen, vielseitigen und umweltschonenden Energieversorgung
- Stabilisierung des Gesamtenergie-Verbrauchs bis ins Jahr 2005
- Minimierung der Umwelteinflüsse aus der Erzeugung und dem Einsatz von Energie
- Erhöhung des Anteils einheimischer und erneuerbarer Energien
- Wirtschaftliche Optimierung der Erzeugung und des Einsatzes von Energie

Energetisch und wirtschaftlich am erfolgreichsten waren die Massnahmen im Baubereich. Die grössten Wirkungen wurden durch verbesserte Wärmedämmung von Gebäuden erzielt. Erfolgreich war auch die Förderung der Holzenergie – vor allem in Bezug auf die beschäftigungspolitischen Auswirkungen. Positiv beurteilt die Studie auch die Aktivitäten auf dem Gebiet der Aus- und Weiterbildung, die Tätigkeit der Energieberatungsstellen und das Minergielabel. Als weniger wirksam erkannt wurden planerische Massnahmen im Energiebereich und Steuererleichterungen für energietechnische Massnahmen.

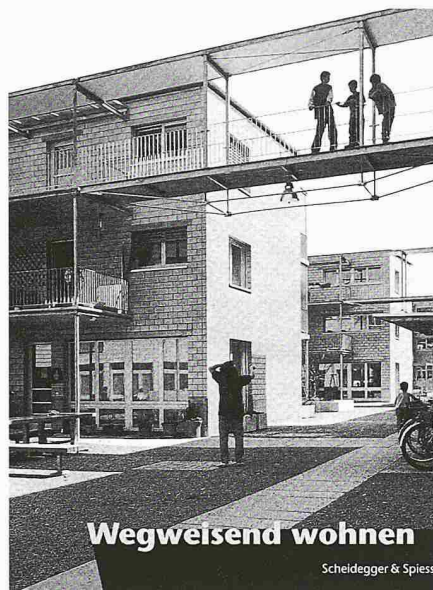
Die bernische Energiepolitik hat zwischen 1990 und 1999 Folgeinvestitionen in der Grössenordnung von 1,4 Milliarden Franken ausgelöst. Diese Investitionen

haben zur Schaffung von rund 400 neuen Arbeitsplätzen beigetragen. Davon profitiert hat vor allem das Baugewerbe. Mit den erzielten Energieeinsparungen wurden externe Kosten von 500 bis 800 Mio. Franken vermieden und der Ausstoss von Luftschadstoffen gesenkt.

Der Gesamtenergie-Verbrauch hat zwischen 1990 und 1998 im Kanton um rund 6,2 Prozent zugenommen. Aufgrund dieser Tendenz bezweifelt die Studie, dass es ohne weitere Massnahmen gelingen wird, den Verbrauch bis ins Jahr 2005 zu stabilisieren. Während der Erdölverbrauch stagnierte, nahm der Stromkonsum um 7,4 Prozent zu. Bei den erneuerbaren Energien (Holz, Umweltwärme, Sonne und Wind) wurden stetige Zuwächse verzeichnet. Ein energiepolitischer Handlungsbedarf ist nicht zuletzt wegen der sich verschlechternden Rahmenbedingungen (wirtschaftliche Entwicklung, Strommarkt-Öffnung) weiterhin gegeben.

Die Studie dient als Grundlage für die Weiterentwicklung der bernischen Energiepolitik. Das Expertenteam empfiehlt eine verstärkte Orientierung an markt- und effizienzbezogenen Massnahmen mit Schwergewicht im Gebäudebereich. Im Vordergrund steht hier z.B. eine Intensivierung der Bemühungen zur Verbreitung des Minergie-Standards. Ergänzend können die erneuerbaren Energien gefördert und flankierende Massnahmen im Bereich Aus- und Weiterbildung sowie Information eingesetzt werden. «Evaluation der Berner Energiepolitik der 90er Jahre» ist erhältlich bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern, Marianne Moser, Fax 031 633 31 10, E-Mail: marianne.moser@bve.be.ch.

Bücher



Wegweisend Wohnen

Wegweisend Wohnen - Gemeinnütziger Wohnungsbau im Kanton Zürich an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Hrsg. von *Christian Caduff* und *Jean-Pierre Kuster*. Scheidegger & Spiess, Zürich 2000, ISBN 3-85881-116-5. 272 Seiten, über 200 Abbildungen (s/w), Fr. 68.-.

Der von der Sektion Zürich des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen, von der kantonalen Fachstelle und dem städtischen Büro für Wohnbauförderung herausgegebene Band stellt in Textreportagen, Bildern und Kenndaten 19 Beispiele des genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbaus der letzten zehn Jahre in Stadt und Kanton Zürich vor. Dazu enthält er Beiträge zur Architektur der Siedlungen, zur Geschichte der Genossenschaften und zur Zukunft der Wohnbauförderung. Das sorgfältig gemachte Buch mit lebendigen Fotos von Nadja Athanasiou will die jüngste Entwicklung dokumentieren und gleichzeitig für die künftigen Aufgaben des gemeinnützigen Wohnungsbaus in einem veränderten gesellschaftlichen Umfeld sensibilisieren. Die Beispiele sind in verschiedene Kapitel zusammengefasst nach den Problemen, zu deren Lösung sie beitragen: Urbane Wohnformen, junge Genossenschaften, städtebauliche Verantwortung, Umgang mit alter Bausubstanz und heikler Mieterstruktur.

Die ersten guten Beispiele des aktuellen Wohnsiedlungsbaus, der Brahmschhof in Zürich etwa, haben sich bewährt und offensichtlich Schule gemacht. Es scheint sich ein formales Paradigma durchgesetzt zu haben: Lange Riegel aus hellem Kalksandstein, vor- und zurückspringende Fassaden in scharfgeschnittenen Kurven, grosse Fensterflächen und vorgehängte halböffentliche Erschliessungs- und Balkonzonen aus grauen Stahlgittern, die auf Kletterpflanzen warten. Ab und zu wird der Kalksandstein mit etwas Holzernem ergänzt. Beim ersten

Durchblättern fragt sich der Betrachter, weshalb fünfmal dieselbe Siedlung beschrieben wird. Erst ein zweiter Blick zeigt, dass es sich um verschiedene Bauten handelt. Wer glaubt, in einer originellen Siedlung zu wohnen, weil ein Fussgängersteg im zweiten Stock über einen Wohnhof hinweg die Gebäude verbindet, hat sich geschnitten: www.limmatwest@zurich.ch oder Chälchlrainwiessteigli in Hinterpufpfiken bei Oberwaldhusen - das Design für die aktuellen Formen von Familienleben ist ein- und das selbe. Liegt es an der getroffenen Auswahl oder am Erfolg einzelner Architekturbüros? Auf jeden Fall macht diese Einheitlichkeit misstrauisch. Baut sich hier eine neue Generation die Architektur, die sie verdient? Wie in den Vierzigerjahren. Damals waren es die sattsam bekannten dreistöckigen Zeilen mit den 23°-flachen Satteldächern, den drei Estrich-Lüftungslöchern im First, den Dreizimmerwohnungen und den Blumenfenstern an der Stirnwand. (Man täusche sich nicht, das war keine spekulative Baumeisterarchitektur. Auf den Kratzputzwänden von Schwamendingen finden sich Bronzeplaketten für mustergültigen Siedlungsbau, und ähnliche Publikationen priesen diesen Siedlungsbau als "wegweisend".)

Aber sind wir nicht unterdessen eine pluralistische Gesellschaft geworden? Was ist mit dem im Buch mehrfach betonten Anspruch der Genossenschaften, für alle zu bauen? Sind die dokumentierten Beispiele tatsächlich so wegweisend, wie im Titel, in Peter Schmidts Vorwort und in den Beiträgen auffallend oft behauptet wird? Der Artikel von Jan Capol enthält einige Hinweise auf Widersprüche in den Bauwunschkzetteln der Genossenschaften, die in diesem Zusammenhang erhellend sind.

Sicher, die Wohnungsgrundrisse und die Architektur haben sich erfreulich entwickelt und sie sind weit besser als im durchschnittlichen privaten Massenwohnungsbau. In der Stadt gebaute Siedlungen helfen zudem, die Stadt als Wohnort aufzuwerten und tragen so zur Reduktion des Pendelverkehrs bei. Ansonsten aber fällt auf, dass der Siedlungsbau im Grunde noch immer nach demselben Prinzip geschieht wie vor 50 Jahren: Es wird in aller Regel für ein bestimmtes, im Vergleich zur ganzen Gesellschaft sehr homogenes Segment der Bevölkerung mit ähnlichem Lebensstil, verwandten Ausbildungen und Berufen und vergleichbaren Einkommen, also mit einer homogenen Bedürfnisstruktur gebaut. Vor allem aber sind die Siedlungen Inseln, heile Wohnwelten, die keine Probleme ausserhalb der Siedlung lösen wollen. Die wenigen Krippen und Büroräume können nicht darüber hinweg täuschen, dass es sich nach wie vor um Wohnen in Monokultur handelt, getrennt von Arbeit und Konsum. Es hat kaum Arbeitsplätze in den Siedlungen, kaum Läden und Verpflegungsmöglichkeiten. Das Verheerendste aber ist, dass alle Siedlungen zu klein sind, um die in der Schweiz so drängende Rationalisierung der Hausarbeit vorwärts zu bringen. Eine einzelne Krippe ist zu klein, um eine wirkungsvolle Kinder-Tagesstruktur inklusive Ess- und Schlafmöglichkeit und Krankenzimmer bieten zu können. Wie der einzelne Spielplatz in jeder

Siedlung bindet sie die Mütter viel eher zu Hause an, als dass sie sie entlasten könnte. Hier nach Lösungen zu suchen wäre wirklich wegweisend. Als einziges Beispiel im Buch tut dies die junge Genossenschaft Kraftwerk1 in Zürich, die versucht, durch Grösse und Nutzungsmix einen Schritt weiterzukommen.

Der Standortwettbewerb zwischen den Städten wird unterdessen über ein attraktives Wohnangebot entschieden. Dazu gehört aber ein attraktives Wohnumfeld. Das erklärte Ziel von Stadt und Genossenschaften, vermehrt für Mittelstandsfamilien zu bauen, verlangt dies umso mehr. Die Frauen dieser Bevölkerungsgruppe sind gut ausgebildet und nicht mehr bereit, auf Arbeit und Karriere zu verzichten. Gerade dieser Zielgruppe müssen deshalb Tagesstrukturen für Kinder sowie eine mit heutigen Formen der Berufstätigkeit kompatible Infrastruktur geboten werden. Das heisst: wohnungsnahe und spät abends geöffnete Lebensmittelläden, Restaurants, Wäschereien, Kopierläden usw. Für solche Einrichtungen sind Siedlungen mit 100 Wohnungen zu klein. Damit sie funktionieren, braucht es grosse und dichte Überbauungen mit gemischter Nutzung und einem Wohnanteil von mindestens 60%.

Heute drängende Probleme wie der Pendelverkehr oder die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern lassen sich nicht mit Wohnungsbau allein lösen. Es braucht hier die Zusammenarbeit von Genossenschaften, privaten Investoren und Stadt (Schul- und Sozialamt) und es braucht eine Öffnung der Genossenschaften gegenüber dem Bau von eigenen Geschäftshäusern. Entsprechend grosse Bauparzellen sind mehr denn je vorhanden. In Zürich-Nord und Zürich-West ist die Chance wegen zu kleiner Wohnanteile wohl vertan worden. Aber der Umbau der Stadt geht weiter: beim Letzigrund, auf dem SBB-Areal entlang der Hohlstrasse, im Glattal, in den zu erneuernden sozioarchitektonischen Monokulturen der Nachkriegsquartiere.

Es wäre Aufgabe von Stadt und Kanton, Genossenschaften und private Investoren zu koordinieren. Ein Wohnanteil von 60-80% ist dabei Bedingung für Wohnquartiere mit einer attraktiven zeitgemässen, d.h. aktuelle Probleme lösenden Infrastruktur. Und es könnte die Aufgabe der Genossenschaften sein, Städte und Kantone in diesen Belangen aufzurütteln. Da sie keinen Gewinn abwerfen müssen, haben Genossenschaften mehr Spielräume als andere. Die Genossenschaftsbewegung hat in der Vergangenheit Initiative und Kraft bewiesen und zum sozialen Frieden beigetragen. Wenn sie wirklich weiterhin wegweisend sein will, muss sie sich heute über den Wohnungsbau hinaus mit gesellschaftlichen Problemen beschäftigen, mehr Initiative entwickeln und neue Formen der Zusammenarbeit mit Städten und Privaten suchen. Der vorliegende Band wäre somit weniger ein Wegweiser als ein - gut gemachter - architekturhistorischer Rückblick auf den Wohnungsbau der neunziger Jahre.

Ruedi Weidmann